

**Informationsvermerk für die 71.Sitzung
des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz
am 14. Oktober 2015**

TOP18

**Bericht der Bündigsregierung in aktuellen Kritikpunkten (insbesoridere bezgl.
des Datenschutzes) am Europäischen Patentamt**

Inhalt des Vorschlages:

Die BfDI beklagt das Fehlen einer unabhängigen Datenschutzaufsicht über das Europäische Patentamt (EPA), an die sich Betroffene wenden können, wenn sie ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung durch das EPA verletzt sehen. Am Beispiel führt sie einen jüngst durch die Presse gegangen Fall an, in dem zwei Computer im EPA mit sog. Keyloggern überwacht würden. Sie regt an, diese vermeintliche Aufsichts- und Kontrolllücke zu schließen, etwa durch eine Ergänzung des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ).

Aktueller Sachstand:

a. Datenschutz im EPA allgemein

Das EPA weist därauf hin, dass die Europäische Pätentorganisation (EPO) eine rechtlich selbständige und autonome Internationale Organisation sei und daher nicht der Kontrolle nationaler Institutionen oder solcher der EU unterstehe. Es verweist darauf, dass es eine der ersten internationalen Organisationen war, die den Datenschutz äktiv betrieben und Schutzbestimmungen bereits 1992 in Kraft gesetzt hat. Dazu gehört auch das Amt einer unabhängigen Datenschutzbeauftragten, das im EPA bereits seit Jahrzehnten eingerichtet ist. Die Datensehutzbestimmungen des EPA orientieren sich am EU-Recht und aktuellen europäische Standards. Erst 2014 wurden sie erneut überarbeitet und aktuellen Standards angepasst. Mit der Europäischen Datenschutzaufsichtsbehörde steht das EPA in Kontakt; deren Stellungnahmen und Empfehlungen werden berücksichtigt.

b. Computerüberwachung mittels Keyloggern im EPA

Im EPA hat es in den vergangenen Jahren eine Fülle von anonymen oder pseudonymisierten beleidigenden und bedrohenden Schreiben und E-Mails, teils auch mit rassistischen Inhalten,

an EPA-Führungskräfte sowie Mitarbeiter gegeben. Als festgestellt wurde, dass diese immer von einem sog. "Kiosk-Computer" versandt wurden, wurden zwei Geräte während eines kurzen Zeitraums mit Keyloggern versehen. Technisch war durch die Verwendung von Schlüsselbegriffen (die bekannten pseudonymisierten E-Mail-Absendeangaben) sichergestellt, dass andere als die relevanten Aktivitäten nicht erfasst wurden. Nachdem der Absender, ein Beamter des EPA und Beschwerdekammermitglied auf diese Weise relativ schnell identifiziert werden konnte, wurde die Maßnahme beendet. Der Einsatz von Keyloggern war auf diesen speziellen Fall beschränkt. Derzeit läuft das Disziplinarverfahren. Der vom Verwaltungsrat eingesetzte unabhängige Disziplinarausschuss unter dem Vorsitz des früheren britischen Richters am EuGH, Sir Konrad Schiemann, hat sich auch mit der Frage der Rechtmäßigkeit der Computerüberwachung beschäftigt und diese für rechtmäßig sowie für verhältnismäßig erachtet. Dabei hat er das EPA-Binnenrecht sowie internationale Menschenrechtsgarantien herangezogen und ausdrücklich klargestellt, dass deutsches Recht auf ein Disziplinarverfahren im EPA nicht zur Anwendung kommt.

Haltung des BMJV:

- zu Details siehe beiliegenden Sprechzettel -

a. Datenschutz

Das EPA gehört nicht zur EU und ist ein Organ der EPO, eine von den Vertragsstaaten unabhängige und autonome internationale Organisation. Der EPO steht grundsätzlich das Recht zu ihr Binnenrecht unabhängig und abweichend von dem Recht der Vertragsstaaten und der EU zu gestalten. Sie unterliegt weder der Kontrolle nationaler Stellen noch der EU.

Weiter ist festzustellen, dass das EPA im Vergleich zu anderen internationalen Organisationen bereits einen relativ hohen Datenschutzstandard entwickelt hat.

Die Einrichtung einer unabhängigen externen Datenschutzaufsicht durch eine nationale Stelle oder durch den Europäischen Datenschutzbeauftragten berührt die institutionellen Grundlagen der EPO. Kontrollrechte einer externen Stelle, bspw. des Europäischen Datenschutzbeauftragten, bedürfen einer Änderung des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ). Dies würde eine diplomatische Konferenz der Vertragsstaaten erforderlich machen.

[REDACTED]

Die von der BfDI gewünschte Änderung ließe sich jedenfalls weder einfach noch schnell umsetzen. [REDACTED]

b. Computerüberwachung mittels Keyloggern im EPA

[REDACTED]

Die Beratung der Disziplinarsache durch den Verwaltungsrat findet in München am 14. und 15. Oktober 2015 statt. Angesichts des laufenden Verfahrens kann im Rechtsausschuss derzeit nicht zu Details Stellung genommen werden. Hingewiesen werden kann jedoch darauf, dass sowohl die Angelegenheit insgesamt als auch die Computerüberwachung durch einen vom EPA vollständig unabhängigen Disziplinarausschuss geprüft wurde. Dessen Ergebnis dass nach dem Binnenrecht des EPA die Computerüberwachung rechtmäßig und verhältnismäßig war und den Betroffenen nicht in seinen Rechten verletzte, lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Außerdem stehen sowohl dem betroffenen Beamten als auch anderen Bediensteten Rechtsschutzmöglichkeiten zu: Neben der Einschaltung der internen Datenschutzbeauftragte bestehen für Bedienstete interne Beschwerdeverfahren sowie die Möglichkeit vor dem Verwaltungsgericht der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, einem unabhängigen internationalen Gericht, Klage zu erheben. Andere Nutzer können sich ebenfalls an die interne Datenschutzbeauftragte des EPA wenden. Eine Kontrollücke wird daher nicht gesehen.

BMJV wird weiter sowohl innerhalb als auch außerhalb des Verwaltungsrats auf die Einhaltung hoher datenschutzrechtlicher Standards achten. BMJV hat insoweit aber keine Kontroll- oder Aufsichtsrechte, sondern muss den Weg über die Gremien der EPO gehen und ist insoweit nur ein von 38 Vertragsstaaten.

c. Aktuelle soziale Lage im EPA

Das soziale Klima im EPA ist derzeit angespannt, da die vom Präsidenten mit Billigung der Vertragsstaaten umgesetzte Reformagenda auf Proteste von Teilen der Bediensteten gestoßen ist. BMJV setzt sich aktiv für eine Verbesserung der Situation im EPA ein und hat im Verwaltungsrat ganz maßgeblich eine Erneuerung des sozialen Dialogs angestoßen, der in Form eines Trilogs zwischen dem EPA-Präsidenten, den Gewerkschaften sowie Vertretern des Verwaltungsrats geführt werden soll. Ein Vertreter des BMW nimmt persönlich an den Gesprächen teil. Es muss jedoch deutlich gesagt werden, dass es letztlich die Beteiligten im EPA selbst in der Hand haben, sich einander anzunähern und Streitpunkte auszuräumen.

BMJV führt insoweit viele Hintergrundgespräche mit allen Seiten und setzt immer wieder neu an.

Es kommt aber auf die Vernunft aller Beteiligten an; die Vertreter des Verwaltungsrats, schon gar nicht ein einzelner Vertragsstaat können dies nicht im Alleingang bewirken.

TRANSLATION

**Memorandum for the 71st session
of the Committee for Legal Affairs and Consumer Protection
on 14 October 2015**

AGENDA ITEM no. 18

**Report of the Federal Government on current points of criticism concerning
the European Patent Office, (in particular in relation to data protection).**

Content of the proposal:

The Federal Data Protection Commissioner (BfDI) complains about the lack of an independent data protection supervisory authority at the European Patent Office (EPO) to which data subjects can turn if they see their right to informational self-determination violated by the EPO. As an example, she cites a recent case reported in the press in which two computers at the EPO were monitored with so-called keyloggers. She proposes the closing of this alleged supervisory and control gap, for example by amending the European Patent Convention (EPC).

Current status:

a. Data protection at the EPO in general

The EPO points out that the European Patent Organisation (EPO) is a legally independent and autonomous international organisation and is therefore not subject to the control of national institutions or those of the EU. It points out that it was one of the first international organisations to actively pursue data protection and to enact safeguards as early as 1992. This includes the office of an independent data protection officer, which has been in place at the EPO for decades. The EPO's data protection regulations are aligned with EU law and current European standards. They were revised again in 2014 and adapted to current standards. The EPO is in contact with the European Data Protection Supervisor, whose opinions and recommendations are taken into account.

b. Computer monitoring using keyloggers at the EPO

In recent years, there has been at the EPO an abundance of anonymous or pseudonymous insulting and threatening letters and e-mails, some of them with racist content, addressed to EPO managers and staff.

TRANSLATION

When it was determined that these were always sent from a so-called "kiosk computer", two devices were fitted with keyloggers for a short period of time. On a technical level, the use of keywords (the well-known pseudonymous e-mail sender details) ensured that activities other than the relevant ones were not recorded. After the sender - an EPO official and Board of Appeal member - could be identified relatively quickly in this way, the action was terminated. The use of keyloggers was limited to this specific case. The disciplinary proceedings are currently pending. The independent Disciplinary Committee set up by the Administrative Council, chaired by former UK judge at the CJEU, Sir Konrad Schiemann, also considered the legality of the computer surveillance and found it to be lawful and proportionate. In doing so reference was made to the EPO's internal law and international human rights guarantees and it was expressly clarified that German law does not apply to disciplinary proceedings at the EPO.

Position of the BMJV:

- for details see attached speaking note -

a. Data protection

The EPO is not part of the EU and is an organ of the EPO, an autonomous international organization independent of the contracting states. In principle, the EPO has the right to make its own internal law independent of and deviating from the law of the contracting states and the EU. It is not subject to the control of either national institutions or the EU.

It should also be noted that the EPO has already developed a relatively high standard of data protection compared to other international organizations.

The establishment of independent external data protection supervision by a national body or by the European Data Protection Supervisor impinges on the institutional foundations of the EPO. Supervisory rights of an external body, e.g., the European Data Protection Supervisor, would require an amendment to the European Patent Convention (EPC). This would require a diplomatic conference of the contracting states.

[REDACTED]

In any case, the change desired by the BfDI could not be implemented easily or quickly.

[REDACTED]

b. Computer monitoring by means of keyloggers in the EPO

TRANSLATION

- 3 -

[REDACTED]

Deliberation on the disciplinary case by the Administrative Council will take place in Munich on 14 and 15 October 2015. Given the ongoing proceedings, no comments can be made about the matter to the Legal Affairs Committee of the Bundestag at this time. However, it can be pointed out that both the matter as a whole and the computer surveillance were examined by a disciplinary committee that is completely independent of the EPO. The finding of this committee that, according to the internal law of the EPO, the computer surveillance was lawful and proportionate and did not violate the rights of the person concerned, leaves nothing to be desired in terms of clarity. Moreover, both the official concerned and other staff members have access to legal protection: in addition to the involvement of the internal EPO data protection officer, there are internal appeal procedures for EPO staff as well as the possibility of filing a complaint before the Administrative Tribunal of the International Labour Organization in Geneva, an independent international court. Other users can also contact the EPO's internal data protection officer. Therefore, a regulatory gap is not considered to exist.

The Justice Ministry (BMJV) will continue - both within and outside the Administrative Council - to ensure compliance with high data protection standards. However, the BMJV does not have any regulatory or supervisory rights in this regard, but must pursue action via the institutional bodies of the EPO where it is only one of 38 contracting states.

c. Current social situation in the EPO

The social climate at the EPO is currently very tense as the reform agenda implemented by the President with the approval of the Contracting States has met with protests from sections of the staff. The BMJV is actively working to improve the situation at the EPO and has been instrumental in initiating a renewal of the social dialogue in the Administrative Council, which is to take the form of a triologue between the EPO President, the staff unions and representatives of the Administrative Council. A representative of the BMJV [*Christoph Ernst*] will personally take part in the talks. However, it must be made clear that it is ultimately up to the parties involved in the EPO to establish a *rapprochement* and sort out the points of contention.

In this respect, the BMJV conducts many background discussions with all sides and is continuously striving for a fresh start.

TRANSLATION

- 4 -

But it depends on the common sense of all parties involved; the representatives of the Administrative Council - let alone a single Contracting State - cannot bring this about on their own.